

Pöbneck, den 14.09.17

## **Pressemitteilung zur Kreistagssitzung Saale-Orla-Kreis 11.09.2017**

### **TOP 3.2. Antrag CDU/SPD „Deponie Wiewärthe Pöbneck“**

Die UBV Fraktion ist enttäuscht, dass der Antrag der CDU/SPD Fraktion zur „Deponie Wiewärthe Pöbneck“ von der Tagesordnung genommen wurde. Uns geht es nicht darum politische Erklärungen abzugeben, um Kompromisse einzugehen, die nicht zielführend sind und die Sachlage nicht verändern. Wir sprechen uns schon immer für eine sachorientierte Debatte im Kreistag aus, so wie es in der Demokratie üblich sein sollte. Bezugnehmend auf Ihre E-Mail (OTZ) vom 14.09.17 (09:46 Uhr) weist die UBV Fraktion die Polemik vom Fraktionsvorsitzenden der SPD Herrn Kleebusch zurück, dass **„...die UBV nicht kompromissbereit gewesen wäre, eine zielführende gemeinsame Beratung mit der CDU/SPD abgelehnt hätte und die Gelegenheit sinngemäß für eine Schlammschlacht nutzen wollte. Ferner findet man in der CDU/SPD, dass Vorstellungen aus Ihrem Änderungsantrag gegen geltendes Recht verstoßen würden.“**

Diese Äußerungen machen deutlich, dass die Koalition im Kreistag nicht nur die Debatte um die Sache scheut, sondern auch der Eindruck entsteht, dass alles parteipolitischen Interessen untergeordnet wird. Der Antrag verstößt auch nicht gegen geltendes Recht. So begründet sich z.B. das „Anweisen“ von Verbandsräten bei Beschlüssen im ZASO aus dem § 30 Abs. 2 ThürKGG.

Es hätte sich zumindest gehört, den anwesenden Vertretern der BI Pöbneck Nord zu erläutern, warum im Kreistag nicht darüber diskutiert werden soll.

Die UBV Fraktion wird nun ihren Änderungsantrag zum Thema „Kesselstaubablagerung auf der Deponie Wiewärthe“ zur nächsten Kreistagssitzung als ordentlichen Antrag auf die Tagesordnung bringen.

Der Antrag „Deponie Wiewärthe in Pöbneck“ der CDU/SPD entspricht weitestgehend den Forderungen der UBV Fraktion und spiegelt teilweise das Handeln unserer Fraktion über viele Jahre im ZASO wieder.

Wir können dem Antrag nicht zustimmen, weil es lediglich politische Erklärungen sind, die an der Situation nichts ändern. Ein Vergleich mit dem Beschluss des Stadtrates Pöbneck kann man nicht herstellen, weil nur der Landkreis unmittelbar am ZASO beteiligt ist. Die Stadt Pöbneck kann also nur politische Erklärungen abgeben, bis auf den Bürgermeister. Denn er ist auch Vorsitzender des ZASO.

In der Vergangenheit wurden genügend politische Erklärungen und nicht eingehaltene Versprechen von politischen Vertretern und Verbandsräten gemacht. So z.B. die Ankündigung Ende 2016, eigens für die Thematik „Genehmigungsverfahren mit Begrenzung Laufzeit auf den 31.12.24“ eine Sondersitzung ZASO/TVS einzuberufen. Bis heute wurde dieses Versprechen nicht eingehalten.

In der Sitzung des ZASO am 14.09.15 wurde ein Beschluss gefasst, der die Geschäftsführung beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung der Planung des Genehmigungsverfahrens und des Weiterbetriebes des 1. und 2. Dichtungsabschnittes der Deponie bis zur Restverfüllung mit einer optimierten Deponiekubatur einzuleiten und umzusetzen. Weiterhin wurde beschlossen in einer der nächsten Zweckverbandsversammlungen über die getrennte Erfassung der Kesselstäube in der TVS Schwarza zu entscheiden. Dieser Beschluss (Nr. 34/2015) wurde nur von uns abgelehnt.

*Kreistagsmitglied Saale-Orla-Kreis (UBV)*

Wolfgang Kleindienst; 07381 Pößneck, Kastanienallee 4a; Tel. 03647 423223;  
Fu.Tel. 0160 96461516; E-Mail: [kleindienst@birso.de](mailto:kleindienst@birso.de); Internet: [www.birso.de](http://www.birso.de)

Alle anderen Verbandsräte, auch die Unterzeichner des Antrages, hatten damals zugestimmt. Es ist daher auch falsch, nur der Geschäftsführung eine fehlende „betriebswirtschaftliche Weitsicht“ und das Nichterkennen der Problematik zu unterstellen. Verantwortlich sind die Verbandsräte selbst für diese Situation!

Ein weiteres Beispiel, dass man diesem Beschluss nicht zustimmen kann, ist der beschlossene Haushalt 2017. Auch hier hat die UBV im ZASO den Haushalt nicht zugestimmt. Alle anderen Verbandsräte des Saale-Orla-Kreis haben zugestimmt, obwohl im Wirtschaftsplan 2017 die Mittel für die Trennung des Kesselstaubes nicht mehr enthalten waren. Unser Antrag, dies wieder aufzunehmen, wurde abgelehnt.

Die UBV ordnet den jetzt vorliegenden Beschlussvorschlag in die Kategorie „Hinhaltetaktik“ ein. Uns geht es in erster Linie um Klarheit und Ehrlichkeit gegenüber den betroffenen Bürgern.

Den vorliegenden Beschlussvorschlag kann man auch inhaltlich nicht zustimmen, weil einige Aussagen falsch und unrealistisch sind. So z.B. soll noch 2017 in der Thermischen Verwertungsanlage Schwarza (TVS) mit der Trennung der Kesselstäube begonnen werden. Das geht technisch nicht, weil die Zeit zu knapp ist und kaufmännisch nicht, weil der Haushalt keinen Ansatz enthält.

Deshalb wollten wir zur Kreistagssitzung am 11.09.17 mit unserem Änderungsantrag „Nägel mit Köpfen“ machen. Bereits am 18.09.17 können die Verbandsräte des ZASO in dem zu beschließenden Nachtragshaushalt des ZASO die Mittel zur Trennung des Kesselstaubes beantragen. Dann wird sich zeigen, ob man Versprechen und Ankündigungen ernst meint.

Uns geht es nicht darum etwas zu zerreden, sondern darum, mit unserem Antrag endlich Gewissheit für die betroffenen Bürger, die Stadt Pößneck und die umliegenden Gemeinden zu bekommen. Wir Kommunalpolitiker sollten nun Ernst machen mit der Beendigung einer möglichen Gesundheitsgefährdung!

Der UBV geht es nicht um die Schließung des Abfallbeseitigungszentrums (ABZ) Wiewärthe, sondern einzig und allein um die Beendigung der Deponierung von Kesselstäuben aus der TVS Schwarza. Hintergrund sind befürchtete negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen und auch auf die Wohnqualität. Nach dem 31.12.2024 können natürlich weiterhin Grünschnitt, Erdstoffe, Wertstoffe, Sperrmüll, Gewerbemüll, Sondermüll oder Schadstoffe dort abgegeben werden. Auch die Mechanisch-Biologische-Restabfall-Aufbereitungsanlage (MBRA), dort wo Hausmüll und Sperrmüll getrennt und aufbereitet werden, wird weiterhin bestehen. Es wird also für die Bevölkerung keine Einschränkungen auf der Wiewärthe geben. Genauso müssen sich die Mitarbeiter des ZASO keine Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen. Wir möchten auch an dieser Stelle ausdrücklich die gute Organisation, die Sauberkeit, die getroffenen Maßnahmen zur Minimierung der Staubbelastung und die Ordnung auf dem Abfallbeseitigungszentrum Wiewärthe loben und uns bei den Mitarbeitern des ZASO bedanken.

Unser Änderungsantrag sende ich Ihnen zu.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Kleindienst  
i.A. der Kreistagsfraktion UBV